

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Oberösterreich-Konvent zur Modernisierung der Landesverfassung

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, gemeinsam mit dem Oö. Landtag möglichst rasch einen Oberösterreich-Konvent zu initiieren. Dieser hat zum Ziel, eine Modernisierung der Oö. Landesverfassung insbesondere hinsichtlich eines zeitgemäßen Regierungssystems mit einer klaren Rollenteilung und eindeutigen Verantwortungen sowie ausgebauten Kontroll- und Informationsrechten von Opposition und Minderheiten in die Wege zu leiten und die direkte Einbindung der Bevölkerung, die Öffnung des Landtages und die Transparenz des politischen Systems zu verbessern.

Begründung

Das derzeit noch immer in Kraft stehende historische Proporzsystem zur Bildung der Landesregierung in Oberösterreich entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine konsistente, moderne Landespolitik, an eine ausreichend handlungsfähige Landesregierung und an ein für die Bürger*innen durchschaubares System der Verantwortung für politische Entscheidungen.

Ein sich dem modernen Verfassungsgedanken verpflichtetes System der "checks and balances", der wirksamen Kompetenzausübung einerseits und umfassenden Kontrolle andererseits, der sauberen Trennung der "Befugnisse" sowie wechselseitigen Einflussnahmen, ist hier nur schwer durchgängig umsetzbar.

Hinsichtlich der Verbesserung der Regierbarkeit, der klaren Zuordnung von politischen Verantwortlichkeiten, der Ablösbarkeit der jeweiligen Regierungsparteien durch eine (echte) Opposition, hinsichtlich der Funktionsfähigkeit parlamentarischer Kontrollrechte, der Verantwortlichkeit des Landtages für die politischen Grundentscheidungen im Land, einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen Landesregierung, Landtag und anderen Institutionen, ergibt sich, dass das Proporzsystem schwerwiegende, durch bloße Reformen innerhalb dieses Systems nicht zur Gänze beseitigbare Mängel aufweist.

Die Abschaffung des Proporzsystems wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten als ein Mehr an Gestaltungsfähigkeit und demokratischer Qualität betrachtet. Gleichzeitig sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Opposition ihre staatspolitisch erforderliche Aufgabe – nämlich die effektive Kontrolle der Mehrheitsregierung - bei Abgehen vom Proporz rechtlich und faktisch effizient wahrnehmen kann.

Der Landtag muss daher mit ausreichenden Befugnissen insbesondere im Bereich der Informations- und Kontrollrechte ausgestattet werden und diese Instrumente sollen als Minderheitenrechte konzipiert werden. Bekommt auf der einen Seite die Regierung durch die freie Koalitionsbildung mehr Gestaltungsspielraum, muss auf der anderen Seite der Informationsfluss Richtung Landtag und Opposition gestärkt werden. Durch die deutliche Trennung zwischen Regierung und einer wirklichen Opposition müssen auch die Kontrollrechte ausgebaut und einer Minderheit zugänglich gemacht werden. Diese Umgestaltung - vor allem im Sinne einer Stärkung der Minderheitenrechte und einer Aufwertung des Landtags - sind für die Veränderung des Regierungssystems essentiell.

Um diese tiefgreifenden Änderungen im Kernbereich der Demokratie optimal vorzubereiten, soll ein Oberösterreich-Konvent initiiert werden, wo unter Einbindung von Expert*innen gemeinsam mit den Abgeordneten diese umfassende Modernisierung unserer Verfassung und gesetzlichen Rahmenbedingungen erarbeitet und dem Oö. Landtag zum Beschluss vorgelegt wird.

Linz, am 23. Oktober 2021

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Mayr, Bauer, Vukajlović, Engl, Ammer, Schwarz, Hemetsberger